

Calmer Tagblatt

Nr. 165.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Mk 2,50. Reklamen Mk 7.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 19. Juli 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Mk. 60.— vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 60.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag nahm gestern mit 303 gegen 102 Stimmen das Gesetz zum Schutze der Republik, und mit 278 Stimmen gegen 135 Stimmen das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik an. Da beide Gesetze Verfassungsänderungen bedingen, so mußte eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden. Die Sitzung war durch eine merkwürdige Auseinandersetzung zwischen den württ. Abg. Bazille und Keil schwer belastet worden.

Die Wahl des Reichspräsidenten soll im Dezember oder Januar stattfinden.

Die Haager Konferenz scheint nochmals fortgeschleppt werden zu wollen. Wenigstens haben die Russen beantragt, in einer gemeinschaftlichen Sitzung einen neuen Weg zu suchen.

Zum Reparationsproblem sind heute verschiedene Mitteilungen aus London, Paris, Newyork gekommen, die zeigen, daß keinerlei einheitliche Richtlinien unter den Alliierten vorhanden sind. Es wird eben wieder zwischen London und Paris gehandelt. Die amerikanischen Finanzleute „scheiden“ wieder für eine internationale Anleihe einzutreten. Für ein Moratorium sind anscheinend auch die Franzosen, wenn genügend „Sicherheiten“ gewährt werden.

Deutscher Reichstag.

Staatsmittel für Maßnahmen zum Schutze der Republik.

In der nun folgenden 1. Beratung des von den Koalitionsparteien eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach für Maßnahmen zum Schutze der Republik ein Kredit von vorläufig 75 Millionen der Regierung zur Verfügung gestellt wird, wird der Entwurf nach kurzer Aussprache, in der nur die Deutschnationalen ihn bekämpfen, dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Es folgt die 2. Beratung des Reichskriminalpolizeigesetzes, dessen entscheidenden § 1 der Ausschuß folgende Fassung gegeben hat: Zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeitsfeld nicht auf bestimmte Orte beschränkt, wird ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt. Der bayerische Gesandte v. Preger lehnte namens seiner Regierung das Gesetz ab, da es einen Eingriff in wichtige Hoheitsrechte der Länder darstelle und weil eine Staatsnotwendigkeit für es nicht vorliege. Auch der Abg. Emminger (B. V. P.) empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, die er als den Versuch einer Ausnützung der Erregung über den Rathenau-Mord zu einer Verletzung der Hoheitsrechte der Länder bezeichnet. Die Abgeordneten Lübbering (Soz.), Bell (Z.), v. Kardorff (D. V. P.) und Koch-Weser (Dem.) sind von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt und betonen, daß der Ausschuß den bayerischen Wünschen weitgehend entgegengekommen sei und werden deshalb für die Ausschlußbeschlüsse stimmen. Minister Dr. Röster hebt hervor, daß die Notwendigkeit einer zentralen Regelung der Polizei für das Reich schon seit langem auch von dem bayerischen Justizminister Dr. Müller-Memmingen betont werde. Die Mordorganisation C. s. h. z. heute nicht nur in Bayern, sondern in allen Ländern, um die Schwierigkeiten auszunutzen, die der Polizei jetzt durch die verschiedenen Zuständigkeiten entstehen. Weiter als im Ausschuß könne die Reichsregierung mit ihrer Rücksicht auf Bayern nicht gehen. Die Mehrheit des bayerischen Volkes werde nicht wischen, daß die Verfolgung von Verbrechen erschwert werde aus Gründen der bayerischen Staatshoheit. Abg. Geel (U. S. P.) weist darauf hin, daß unter dem Sozialistengesetz Bayern nicht dagegen protestiert habe, daß die Berliner Zentrale die Verfolgung der Sozialisten betrieb. Er stimmt dem Gesetz zu, das der Kommunist Koenen ablehnt, da durch dieses die Polizei die revolutionären Arbeiter nur noch mehr verfolgen könne. Nach der Erklärung des Abg. Unterkirchner (U. S. P.), daß die Mehrheit des bayerischen Volkes nicht hinter den Erklärungen Pregers stehe, wird die Vorlage in der Ausschlußsitzung angenommen. — In der morgen Vormittag 10 Uhr beginnenden Sitzung werden dritte Lesungen vorgenommen.

Sechste Auseinandersetzungen zwischen den württ. Abgeordneten Bazille u. Keil. Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik und des dazu gehörigen Beamtengesetzes.

Berlin, 19. Juli. Die Sitzung beginnt um 10 Uhr. Das Luftverkehrs-gesetz wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso in dritter Beratung das Gesetz gegen die Notlage der

Presse, dieses gegen wenige Stimmen der Deutschnationalen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Republik. Abg. Bazille (D. N.) wendet sich gegen das Gesetz. Der Reichskanzler habe mit seiner Kampfansage gegen rechts in einer Minute mehr gesagt, als er in seinem ganzen Leben verantworten könne. (Lachen links.) Alle unheilvollen Folgen fallen auf sein Haupt (Unruhe und Auf bei den Soz.: Das war eine Bedrohung des Reichskanzlers). Wir leben seit Jahrzehnten zwei Deutschland: ein monarchisch-internationales und ein republikanisch-internationales. Ohne die Überwindung dieses Gegensatzes ist der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich. Das vorliegende Gesetz verhindert aber jede Versöhnung. In diesem sogenannten Gesetz zum Schutze der sogenannten deutschen Republik (Stürmische Entrüstungslundgebungen links. Präsident Löbe ersucht den Redner, die Stimmung des Hauses nicht unnötig zu verschärfen. Der allgemeine Lärm legt sich erst allmählich.) Die deutsch-völkische Bewegung ist die notwendige Reaktion gegen den Internationalismus. Der deutschnationale Gedanke ist nicht durch Gewalttaten zu verwirklichen. Auch wir leben in der schwersten Sorge, daß sich solche Attentate wiederholen könnten. (Dittmann von der U. S. P. ruft: Wulle hebt schon wieder.) Auf einen Jurist des Abg. Löwenstein (U. S. P.) antwortet der Redner: Sie, lieber Freund aus dem Alten Testament, sollten ganz ruhig sein! (Lärm des Abg. Kuhn (U. S. P.): Sie unverschämter Lump! Präsident Löbe ruft die Abgg. Bazille und Kuhn zur Ordnung.) Der Redner sucht unter stürmischer Heiterkeit der Anken aus dem Alten Testament nachzuweisen, daß die Juden den politischen Mord verherrlicht hätten, wie der Fall Judith beweise. (Der Abg. Stampfer (Soz.) wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Der Redner richtet heftige persönliche Angriffe gegen den Reichskanzler. (Ernster Entrüstungslärm. Abg. Siebel (Soz.) ruft: Glender Heuchler und Verleumder. Präsident Löbe erteilt Ordnungsrufe und behauptet, daß Bazille in dieser Stunde so schwere persönliche Angriffe gegen die Mitglieder der Regierung gerichtet habe, daß sie auf der Rechten Entrüstung erregt hätten. Er ersucht den Redner dringend, nicht von neuem einen Sturm im Hause und im Lande zu entfachen.) Der Redner erklärt, er würde es bedauern, wenn seine Ausführungen als persönliche Angriffe aufgefaßt würden (Gelächter links). Die deutschnationale Volkspartei wolle weder den gewalttätigen Sturz noch den Revanchekrieg. Von der Pflicht der Kritik würde sie sich nicht abbringen lassen (Beifall rechts und Pfeifen links).

Abg. Keil (Soz.). Der Abgeordnete Bazille ist besonders berufen, hier gegen internationale Gesinnung zu wettern und seine deutsch-völkische Auffassung zu betonen. Ich mache ihm nicht zum Vorwurf, daß er französischer Abstammung ist, daß er sich als württembergischer Staatsbeamter jedes Jahr beurlauben ließ zu Reisen in Frankreich und zum Studium an der Universität Grenoble. (Hört, hört.) Als der Krieg ausbrach, wurde er Zivilgouverneur in der belgischen Provinz Limburg. Dort hat er während des ganzen Krieges neben seinem Beamtengehalt eine Tageszulage von 40 Mark bezogen. Dafür hat er das G. R. II und den württembergischen Hausorden bekommen. Er hat sich tapfer verorgt mit Nahrungsmitteln, die für die Truppen draußen bestimmt waren. (Auf bei den Kommunisten: Stappenschwein.) Im Dezember 1918 lehrte der Abgeordnete Bazille zurück, ließ sich zum Abgeordneten wählen und meldete sich zum Wiedereintritt in sein württembergisches Amt für den 1. 2. 19. Er tat zwar keinen Dienst, aber erhielt sein Gehalt. Erst nachträglich kam heraus, daß er noch in derselben Zeit das Gehalt von der belgischen Zivilverwaltung bezog, ohne daß er davon seiner vorgelegten Behörde Kenntnis gab. (Hört, hört links.) Ich nenne den Abgeordneten Bazille einen Betrüger. Präsident Löbe rügt diesen Ausdruck. Dann nenne ich seine Handlungen Betrug. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Akten über diesen Fall sind merkwürdigerweise bei der belgischen Zivilverwaltung verschwunden, und Herr Gewalt hat auch diese Beträge Herr Bazille als Sonderzulage nachträglich bewilligt. (Hört, hört, links.) Der Mann will hier als Moralprediger auftreten. Da muß ihm der Spiegel vorgehalten werden.

Präsident Löbe bedauert, daß die Ausführungen des Abgeordneten Bazille eine so unerquickliche Aussprache hervorgerufen habe. Abg. Fehrenbach (Ztr.). Die aufreizenden und vergifteten Ausführungen Bazilles verdienen eine kurze und entschiedene Zurückweisung. Er hat sein sorgfältig präpariertes Gift zum Schaden des ganzen Volkes verspritzt. (Zustimmung links und in der Mitte.) Billigen Sie (nach rechts) diese Rede? (Abg. Graf Westarp): jawohl! Stürmische Entrüstungslundgebungen bei der Mehrheit. Das deutsche Volk wird dafür kein Verständnis haben und es wird auch in ihren Reihen manchen geben, der mit einer solchen vergiftenden Rede nichts zu tun haben will. (Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch bei den D. N.)

Abg. Emminger (B. V. P.) begründet nochmals die ablehnende Stellung seiner Fraktion zu der Vorlage. Abgeordn. Stresemann (D. V. P.) wendet sich scharf gegen die Rede Bazilles, die nur dazu geeignet sei, die Leidenschaften zu schüren. Mit der Vorlage in der Ausschlußsitzung sind wir einverstanden. Immerhin ist das Gesetz ein empfindlicher Eingriff in die bürgerliche Freiheit und wir werden alle dafür sorgen müssen, daß bei der Durchführung nicht schikanös und parteiisch vorgegangen wird. Die Mehrheit meiner Freunde wird der Vorlage zustimmen, weil sie den gesetzlichen Zustand wünscht. Wir bedauern, daß der Staatsgerichtshof nicht aus einem Senat des Reichsgerichts besteht. Die Laienbeisitzer sollten nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Wir werden zu einem Aufbau niemals kommen, wenn zu all der übrigen Zerklüftung noch der Streit an die Staatsform tritt. Verlangen Sie nicht von uns, daß wir Novemberrepublikaner werden. Lassen Sie sich daran genügen, daß wir in dieser schweren Zeit den Streit um die Staatsform zurückstellen und zur Mitarbeit am republikanischen Staate auffordern. (Beifall.) Abg. Eisenberger (B. V. P.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu allen Maßnahmen, die geeignet sind, gewalttätigen Angriffen gegen die Republik entgegenzutreten. Wenn der Bauernbund trotzdem der Vorlage nicht zustimmen könne, so deshalb, weil er darin einen Angriff auf die Selbstständigkeit der Länder, sowie ihre Justiz- und Polizeihöhe erblickt.

Abg. Könen (Komm.) machte Bazille den Vorwurf, daß er die Mordströmung noch geschürt habe, so zeige das deutlich, daß die Deutschnationalen zu einem neuen Mordvorstoß ansichden. Es ist bezeichnend, daß in der deutschnationalen Provinzpresse der baldige gewalttätige Tod Eberts prophezeit werde. — Abg. Senke (U. S. P.) setzt sich durch eine geschlossene Front des Proletariats die Durchführung des Schutzgesetzes gesichert werden. Den Kommunisten werde es nicht gelingen, die Einheitsfront des Proletariats zu zerschlagen. Der Schutz der Republik sei auch notwendig gegen die anladerten Republikaner der Volkspartei, bei der dieselbe deutsch-völkische Hege getrieben werde. Wir werden in den nächsten Monaten mit Argusaugen die Durchführung des Schutzgesetzes überwachen und werden die Arbeiterschaft zum Kampf aufrufen, wenn es gegen die Arbeiterschaft mißbraucht wird. (Beifall bei den Soz.). — Abg. Bazille (D. N.): Der Abg. Keil hat hier als württembergischer Arbeitsminister gesprochen, der gegenwärtig die Ehre hat, mein Vorgesetzter zu sein (Lärm links: Schöne Ehre, Heiterkeit). Er hat Auszüge aus meinen Personalakten vorgetragen. Herr Minister Keil, Sie waren nicht berechtigt, das Amtsgeheimnis zu brechen (Stürmischer Gelächter links und Auf: Ist das die Verteidigung? Außerdem sind die gegen mich erhobenen Angriffe unwahr. Die Lebensmittel aus Belgien habe ich in Belgien gekauft (Gelächter links und Auf: Schieber). Nach Beendigung meiner Tätigkeit in Belgien war für die belgische Zivilverwaltung noch manche Aufgabe zu erledigen und hierfür habe ich die Hälfte eines Monatsgehältes, nämlich 500 Mark erhalten, die mir später als rechtmäßige Zuwendung zugewilligt wurden (Hört, hört recht). Wenn ich für eine im Auto eines Bekannten zurückgelegte Fahrt die Eisenbahnfahrkosten 2. Klasse liquidiert habe, so war das berechtigt, denn ich mußte dem Chauffeur Trinkgeld geben (Gelächter bei der Mehrheit, Handklatschen links). Der Minister des Innern hat entschieden, daß meine Auffassung richtig ist (Hört! hört! rechts, Abg. Höllein: Es lebe die Schiebererei!). — Abg. Keil (Soz.): Es steht fest, daß Abg. Bazille von der württ. Zivilverwaltung Gehalt verlangt und erhalten hat unter Verschweigung der Tatsache, daß er gleichzeitig von der belgischen Zivilverwaltung besoldet wurde, daß er auch der belgischen Zivilverwaltung den Empfang des württembergischen Gehältes verschwiegen. (Hört! hört links). Er trifft nicht zu, daß ich meine Kenntnisse dieser Tatsache aus geflohenen oder geheimen Akten geschöpft hatte (Widerspruch rechts. Laute Zurufe der Abgg. Gräfe und Weder (D. N.). An dieser Stelle bin ich kein Diebenschaff über die Quelle meiner Wissenschaft schuldbig (Vizepräsident Dr. Bell ersucht um Ruhe). Die Hauptfrage ist, daß Herr Bazille die Richtigkeit meiner Angaben nicht bestreiten kann (Sehr wahr links). Sobald alle Einzelfälle geprüft sind, wird das Disziplinarverfahren eingeleitet (Lärm rechts). Es ist ein Gebot der politischen Reinlichkeit und Notwehr, solchen Moralhelden die Maske vom Gesicht zu reißen und sie zu entlarven als moralisch verkommenen politische Brunnenvergifter (Beifall links, Pfuirufe von rechts).

Abg. Fehrenbach (Z.) beantragt, dieser unerquicklichen Debatte ein Ende zu machen, wenn Bazille noch einmal geantwortet habe. Der Reichstag sei nicht das Forum zur Entscheidung dieser persönlichen Angelegenheiten (Zustimmung.) Abg. Bazille (D. N.) erklärt, daß er mit Rücksicht auf das angekündigte Disziplinarverfahren auf weitere Äußerungen in dieser Angelegenheit verzichte.

Verkauf von Brenntorf.

Die Stadt gibt aus dem Würzbacher Ried auch heuer wieder Torf ab.
Preis voraussichtlich ab Torfstich 40 Mk. für den Str., frei vora Haus in Calw geliefert 70 Mk. für den Zentner.
Lieferung sobald wieder trockenes Wetter eingetreten sein wird.
Der bereits gestochene Torf präsentiert schöne Ware. Die im Vorjahr beim Verbrauch gesammelten Erfahrungen sind gut.
Bestellungen auf Torf wollen im Laufe dieser Woche gemacht werden.
Da die Preise für den auf Lager genommenen Torf wesentlich höhere sein werden, wollen die Abnehmer ihren Bedarf direkt ab Torfstich decken.
Calw, den 18. Juli 1922.

Stadtspflege: Frey.

Grundbuchamt Calw.

Versteigerung eines Wohn- und Geschäftshauses

Herr Ruchnermeister Georg Kolb hier bringt sein Anwesen

Geb.-Nr. 67 1 ar 61 qm 2-stöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller;
Geb.-Nr. 67 a 48 qm Waschküche und Stallgebäude;
50 qm Hofraum;
12 qm Mauer (Stadtmauer);

2 ar 71 qm auf dem Fruchtmarkt;

am Montag, den 24. Juli ds. Js., nachmittags 2 Uhr,

auf dem hiesigen Rathaus öffentlich zur Versteigerung.
In dem Anwesen wird seit 1872 ein gutgehendes Ruchner- und Mühengeschäft betrieben.
Liebhaber sind eingeladen.
Den 18. Juli 1922.

Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

Heiratsgesuch!

Witwer in fester Stellung mit zwei erw. Kindern wünscht Fräulein oder Witwe kennenzulernen, wozu möglichst vom Land 25-35 Jahre alt, etw. Vermögen erwünscht, jedoch nicht unbedingt nötig, zwecks bald. Heirat. Wohnung in schöner gesunder Lage mit Einrichtung vorhanden. Angeb. an das „Calwer Tagblatt“ unter H. 18 A.

2 tüchtige Schreiner gesucht.
Karl Fischer, mech. Schreiner, Unterreichenbach.

Biehverkauf.

Von morgen Donnerstag vormittag 8 Uhr ab

steht im „Gasthaus zum Ochsen“ in Höfen

ein sehr großer Transport

gutgewöhnter, junger

Milch-Rühe,



gut gewöhnter, junger

trächtiger Rühe, sowie eine sehr große Auswahl gutgewöhnter schwerer, hochträchtiger Kalbinnen

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladen

Rudolf und Berthold Löwengart, Rezingen.

In der Sommerzeit

haben Anzeigen in unserem Blatte ganz besonderen Erfolg, da unsere Zeitung in sämtl. Bad- u. Luftkurorten des Bezirks gelesen wird.

Wir beabsichtigen einer Anregung von interessierter Seite folgend, das in unserer Wochenbeilage „Zur Wander- und Reisezeit“ erscheinende Fragment aus dem 30jährigen Krieg

Das Schicksal und die Einäscherung der Stadt Calw von Johann Valentin Andrea

auch in Heftform herauszugeben, falls darauf genügend Bestellungen bei uns einlaufen.

Das Bändchen dürfte einen Umfang von 48 Seiten bekommen und gehestet in hübscher Ausstattung auf holzfreiem Papier gedruckt ungefähr Mk. 16.— kosten.

Wir bitten diejenigen, die sich das Bändchen anschaffen wollen, uns innerhalb 14 Tagen ihre Bestellungen hierauf zu machen.

Hochachtungsvoll

Verlag des „Calwer Tagblatt“.



Wir drucken

PLAKATE
FORMULARE
ZEITSCHRIFTEN
KATALOGE, PROSPEKTE
WERTPAPIERE
ZIRKULARE
WERKE

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher 9. Calw Lederstrasse 151.

Bezirks-Handels- und Gewerbe-Verein Calw.

Am Sonntag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr

Herr Regierungsbaumeister Dr. Haller v. Landesgewerbeamt im Weiß'schen Saale

Vortrag

einen Vortrag halten

Thema:

„Wie kann der Handwerker seine Existenz für die Zukunft sichern?“

Er wird dabei diejenigen technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte entwickeln, die für ein Fortkommen aller Gewerbetreibenden in der heutigen Wirtschaftslage von grundlegender Bedeutung sind.

Anschließend wird den Anwesenden Gelegenheit geboten, sich über besonders wichtige Dinge noch weitere Aufklärung zu verschaffen.

Die Gewerbetreibenden von Stadt und Bezirk, sowie sonstige interessierte Kreise werden hierzu freundlichst eingeladen.
Im Namen des Ausschusses des Bezirks-, Handels- und Gewerbevereins der Vorstand: H. G. E. G.

Luftkurort Hirsau.

Anlagen-Konzert

am Donnerstag, den 20. Juli, abends 8-10 Uhr

ausgeführt von der

Stadtkapelle Calw.

Einlasskarten: 4 Mk., Kinder unter 14 Jahren die Hälfte

Die Kurverwaltung.

Drehstrom-Motoren 220/380 Volt

5 St. 3 PS Fabr. neu (Rz.-Anker) | 1430
1 St. 2 PS Fabr. neu (Rz.-Anker) | Louren

hat zu verkaufen.

W. Helmayer, Elektrotechnische Bedarfsartikel, Stammheim Calw.

Installation kann mit übernommen werden.

Simbeeren

kauft jedes Quantum

Verandgefäße können gestellt werden.

Christian Rüenzlen,

L. wittbg. Fruchtsaftpresserei m. Dampfbetr.

Sulzbach a. d. Murr.

Verloren ging ein Chering mit Grav. R. R. Ostern 1913. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. ds. Bl.

Kind (Mädchen) 1 1/2 Jahre alt, wird nur

in gute Pflege gegeben, wozu möglichst auf's Land bei pünktlicher Bezahlung.

Angebote unter B. S. 165 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Milch-Ziege zu verkaufen.

Bohn, Stammheim.

Einen Wurf Milchschweine

(veredelt Landfleisch) hat zu verkaufen.

Hofgut Georgenau.

Necker, solid. Geschäftsmann sucht gegen prima Sicherheit guten Zins und einer guten extra Vergütung

Mark 5000.— bis Mk. 10000.—

Betriebs-Kapital oder stillen Teilhaber

und erbetet Angebote nur von Selbstgebern unter Chiffre R. S. 77 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Liebezell.

Henne mit Jungen

verkauft A. Rühle.

Zu kaufen gesucht gu. erhalt. Kleiderkasten

mittl. Tisch, Stühle u. h. Wanduhrn. Schriftliche Angebote unter R. 1 an die Geschäftsst. d. Bl.

Nr. 166.

Das preussische Ministerium beschloss verständig vorläufig pension übertragen.

Der polnische Staat Korfany als Wahl Korfany's war, scheint sich

Die New Yorker Blätter Herabsetzung der Trag und gleich ihm zustehende amerikanische Bemerkungen. nächste Zeit Lehrrika die Schwierigkeit Entgegenkommen bestimmen

Die Haager Konvention nehmen zu ihrer Regierung alten und jetzigen gegenkommen haben der Verhandlungsziele geschlossen

Die Deutsche auch der übrige

Berlin, 18. Juli 11. Juli in Paris die bis 1924 fällige daß wegen der über für deren Regelung die beteiligten all die Regierungen eine Note ist Ende vorig übergeben worden. Amerika und Japan dieser Note übergeben an die Reparations Bezug genommen 1924 beantragt, die Zeit 2 Millionen Million Pfund St zahlungen aus Ab des Vertrags von

über die Fort

Berlin, 19. Juli heute im auswärtig der Garantiekommis können, daß das G rung der von der bezahlungen von der Industrieunternehmen

über die 3

London, 20. Juli in London eine Re die Wohlfahrt Eng wenn es nicht in Deutschland einen des europäischen Leute geteilt, die bel ausgefüllten Vere mehr in hohem Ma Man werde aber ein die außerordentlichen sige Regierung in de er, daß es möglich Allerte gewesen sei wortung für die in men trügen, eine